

die Tatsache, daß die Kirche in ihrem Kampf für die Menschenrechte und gegen menschenrechtsverletzende Maßnahmen diktatorischer Militärregime größere Rückenstärkung durch den Papst erfährt, der häufiger als früher allgemein, aber auch bei konkreten Anlässen auf ihre Einhaltung pocht.

Zusammenfassend läßt sich aber für die Mehrzahl der lateinamerikanischen Staaten sagen, daß ihre Regierungen sich nicht länger auf die katholische Kirche als unkritische Verbündete stützen können. Die Kirche hat insgesamt an Unabhängigkeit von der weltlichen Macht gewonnen, und ihre dynamischen Vertreter haben begonnen, diese neue Freiheit in eine mutige, konstruktive Pastoral für die

Armen und Unterprivilegierten umzusetzen. So bezeichnete CELAM-Generalsekretär Trujillo den „Kampf für die Gerechtigkeit“ als „das Herzstück einer echten Sozialpastoral“. Daß die Kirche in einigen Ländern Lateinamerikas die einzige, in anderen die kräftigste Stimme für Gerechtigkeit und Achtung der Menschenrechte ist, stellt sie für die kommenden Jahre vor eine Aufgabe von historischem Ausmaß. „Die Wahrheit hat ihren Preis“, kommentierte Bischof Camus in einer Predigt die scharfen Reaktionen auf seine kritischen Äußerungen zur Situation in Chile. Dieser Satz könnte programmatischen Charakter für die zukünftige Aktion der Kirche in Lateinamerika zugunsten der Menschen und ihrer so häufig mißachteten Rechte haben.

*Gabriele Baums*

## Länderbericht

# Politische Interessengegensätze im konfessionellen Gewande

## Der weiterschwelende Bürgerkrieg im Libanon

„Die reaktionäre Befürwortung eines islamischen oder christlichen Staates ist eine korrupte Angelegenheit, die Ignoranz in religiösen wie politischen Fragen verrät. Es ist klar geworden, daß der Fanatismus der Sekten und Religionen das größte Unheil für die Nation darstellt, das nur durch Förderung des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit aller überwunden werden kann.“ Dieses politische Lebensbekenntnis (aus „Al-Islam fi risalataihi al-messihia wa almuhammadia — Der Islam in seinen christlichen und muhammedanischen Aussagen, Beirut 1958, 243) des schon 1949 in Beirut standrechtlich erschossenen Sozialreformers *Antun Sada* (geb. 1904) konnte nicht treffender und prophetischer für den schrecklichen Bürgerkrieg christlicher und islamischer Parteien vorausgesagt werden, der den Libanon im Herbst 1975 mit Tausenden von Opfern heimgesucht hat.

### Die vergessenen Grundsätze des Antun Sada

Das Blutbad hätte vielleicht verhindert werden können, wenn Sadas schon bei Gründung des unabhängigen Staates Libanon auf konfessionell-proportioneller Basis auf-

gestellte sechs Reformprinzipien zur Anwendung gekommen wären: 1. Trennung von Staat und Religion. 2. Verhinderung der Einmischung des Klerus in politische und rechtliche Angelegenheiten von nationaler Bedeutung. 3. Beseitigung der Schranken zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften. 4. Aufhebung des Feudalismus, Organisation der Volkswirtschaft auf produktiver Basis, Sicherung des Rechtes auf Arbeit und wirksamer Schutz der Gemeininteressen von Volk und Staat. 5. Aufstellung einer starken Armee, die bei der Verteidigung des Landes und der Bestimmung der nationalen Geschicke eine effektive Rolle spielen kann (*Antun Sada*, „The Principles and Aims of the Syrian Social Nationalist Party“, Beirut 1949, 21—33).

Damit hat Sada genau jene Schwächen des Libanon aufgezeigt, die latent immer vorhanden sind, aber bei den schwersten Krisen von 1958 und 1975 ganz deutlich hervorgetreten sind: konfessionelle Rivalität, „Klerikalisierung“ des öffentlichen Lebens, krasse soziale Gegensätze zwischen dem wohlhabenden Norden und blutarmen Süden des Landes, Streitkräfte und Polizei in völlig unzureichendem Ausmaß, die den Privatarmeen der verschiedenen Parteien und Religionsgemeinschaften immer

unterlegen sind. Einen Faktor der heutigen libanesischen Problematik hatte es zu Sadas Zeiten allerdings noch nicht gegeben: die ebenfalls bewaffnete Präsenz der Palästinenser als Staat im Staat Libanon.

In der gegenwärtigen tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise fragen sich daher besonders die im Libanon als einzigem Nahoststaat noch eine knappe Mehrheit stellenden Christen, wie sich ihre Situation angesichts all dieser Probleme und des immer selbstherrlicheren Auftretens der palästinensischen Partisanen-Organisationen weiter entwickeln soll. Von Agenturen und Weltpresse wird zu den Vorgängen in Libanon meist recht vereinfachend von Auseinandersetzungen zwischen Muslimen und „rechtsradikalen Phalangisten“ maronitisch-katholischer Herkunft berichtet, was aber angesichts der viel differenzierteren Verhältnisse doch recht unkritisch ist. Schon die Zusammensetzung der seit dem Frühjahr 1975 im Amt befindlichen Regierung *Raschid Karame* zeigt, daß heute die politischen Fronten quer durch die alten religiösen Fundamente der libanesischen Stabilität gehen: Im Kabinett Karame, dessen Chef schon einmal im Herbst 1969 einer gefährlichen Krise mit den Palästinensern Herr geworden war, haben sich die panarabische Muslimgefolgschaft des aus dem nördlichen Tripolis stammenden Regierungschefs mit den christlichen Linksliberalen von *Raimond Edde*, der maronitischen Mittelpartei „Nationaler Block“ des einstigen Staatspräsidenten *Camille Chamoun*, den sozial ebenfalls fortschrittlichen Schiiten des Imam *Sadr* und den palästinafreundlichen „Progressiven Sozialisten“ des aus den Palästen seiner Mutter ausgezogenen Drusenfürsten *Kamal Dschumblat* zusammengefunden. Aber schon die beiden 1974/75 vorausgegangenen Regierungen der aufeinanderfolgenden Brüder *Takieddin* und *Raschid al-Solh* waren kein minderes Sammelsurium der verschiedensten religiösen Kräfte gewesen, nur damals unter erzkonservativem Vorzeichen.

### Ende des „nationalen“ und „religiösen“ Paktes?

Damit ist das Grundgesetz des politisch-öffentlichen Lebens, der sogenannte „Nationale“ oder „Religiöse Pakt“, der den in ihm geeinten orientalischen Christen und Muslimsekten vor über einem Jahrhundert die Autonomie im Türkenreich beschert hatte und der vor rund 30 Jahren zum Fundament der modernen und freien Republik Libanon geworden war, in der Praxis bereits außer Kraft gesetzt. Zum Staatsoberhaupt wurde zwar nach wie vor ein Katholik des westsyrischen Ritus der Maroniten gewählt, wie es der „Nationale Pakt“ vorschreibt und auch deren Stellung als größter, wenn auch nicht mehr absolut stärkster Religionsgemeinschaft des Landes entspricht. (Schätzung 1975: 660 000 katholische Maroniten, 150 000 andere Katholiken, 250 000 orthodoxe Christen, 85 000 Armenier, 420 000 sunnitische und 395 000 schiitische Mus-

lime, 120 000 Drusen.) Der maronitische Präsident repräsentiert aber schon seit Jahren nicht mehr geschlossen seine eigene Volks- und Glaubensgemeinschaft. Der gegenwärtig wegen seines schwachen Verhaltens im letzten Bürgerkrieg so massiv kritisierte Staatschef *Suleiman Frandschie* (der Name Salomon ist im Orient bei Juden, Muslimen und Christen gebräuchlich) ist bei der Abstimmung im Parlament nur von etwa zwanzig Prozent seiner maronitischen Abgeordneten gewählt worden, während die anderen Stimmen aus dem Lager seiner islamischen, drusischen und auch armenischen Gesinnungsfreunde kamen.

Der „Religiöse Pakt“ mit seiner proportionellen Verteilung aller Regierungs- und Verwaltungsämter, Parlaments- und Gemeinderatssitze nach der Religionszugehörigkeit war schon einmal 1920 in Frage gestellt worden, als zahlreiche armenische Flüchtlinge aus der Türkei das bis dahin ausgeglichene christlich-islamische Gleichgewicht zugunsten der Christen zu verschieben drohten. Die sunnitischen und schiitischen Muslime Libanons wehrten sich gegen die Einbeziehung der Armenier in den „Pakt“, was ihnen aber nicht gelang, da diese schon vorher, wenn auch in viel geringerer Zahl, vertreten und mitberechtigt waren. Die damalige französische Mandatsmacht regelte die Streitfrage dann dahingehend, daß neue islamische und drusische Gebiete zur alten „Autonomen Provinz Libanon“ geschlagen wurden. So blieb das religiöse Gleichgewicht mit verstärkten Zahlen auf beiden Seiten erhalten.

In diesem Jahr hat aber Ministerpräsident Karame mit zwei seiner unverhohlenen Programmpunkte zum Todesstoß gegen die — sicher reformbedürftige — alte Ordnung des Libanon ausgeholt. Er forderte nicht weniger als die Einbeziehung der Palästinenser in den „Nationalen Pakt“, was zu einer klaren islamischen Mehrheit in Libanon führen müßte. Sodann sollte als nächste Reform die Klausel fallen, daß der Präsident maronitischer Konfession zu sein hat, worauf sich Karame mit Schützenhilfe der palästinensischen Befreiungsfront (PLO) zum ersten islamischen Staatsoberhaupt der Christenklave am Libanon wählen lassen wollte.

### Waren die ersten Zusammenstöße provoziert?

Vor diesem Hintergrund muß das Losschlagen christlicher Milizverbände im Herbst in Karames Hochburg Tripolis und dann auch in Beirut im richtigen Licht gesehen werden. Avantgarde dieser verschiedenen „Glaubens- und Heimatschutz-Verbände“ waren die grünbehemdeten „Kataib al-lubnania“, kurz „Phalangen“ genannt. Diese sind keineswegs so rechtsradikal, wie meist behauptet wird. Das zeigt schon ihr ursprünglicher, bei der Gründung in den dreißiger Jahren angenommener Name „Libanesischer Sozialdemokratische Bewegung“. Die Phalangen gebärden sich auch heute recht progressiv, vor allem die

von *Pierre Gemayel* geführten Jugendverbände. Diese rekrutieren sich mit Vorliebe aus der von den christlichen Bergdörfern in die libanesischen Küstenstädte abwandernden Landjugend. Begeisternde Reden, militärische Organisation im grünen Hemd unter dem Symbol des grünen Zedernbaumes und ein Schuß Geheimbündelei übten immer schon starke Anziehungskraft auf die jungen Maroniten, Melkiten und katholischen Syrer aus.

Haben sich die Phalangen angesichts des starken panarabischen Vereinigungsdruckes der Nasser-Ära auf den Libanon früher zu Idealen bekannt, die sehr an die Versuche von Dollfuß und Schuschnigg in Österreich vor dem Zweiten Weltkrieg erinnerten, dem großdeutschen Nationalsozialismus durch einen österreichischen „National-Klerikalismus“ entgegenzutreten, so hat ihr Führer Gemayel gerade in den letzten Jahren einen erstaunlichen Wandel zu modernen Ideen und Programmen durchgemacht. Er besann sich auf die Verpflichtungen christlichen Sozialbewußtseins und begann für die Rechte der minderbegüterten Libanesen einzutreten. Seit Ende 1973 zeigte Gemayel sogar ein völlig neues Verständnis für die Notlage der Palästinenser in den libanesischen Lagern. Er streckte vorsichtig Fühler zu *Jasser Arafat* aus, die eine Aktivierung der katholischen Palästinenser als Bindeglied zwischen Phalangen und Palästinensern zum Ziele hatten. Diese „ideologisch-taktische Kehrtwendung der Phalangisten“, wie es die Beiruter Tageszeitung „As-Safa“ (Offenes Wort) nannte, begann der konservativ-christlichen Führung des Landes recht unbequem zu werden. Für die Zusammenstöße vom Mai 1975 zwischen den maronitischen Gründern Gemayels und palästinensischen Heckenschützen gibt es Anhaltspunkte, daß sie von ganz bestimmter Seite bewußt provoziert worden sind. Die heißeste Spur schien in Frandschies Präsidentenpalais zu führen. Obwohl heute die Toten des Bürgerkrieges zwischen Gemayel und den Linksmilizen sowie Palästinensern stehen, sind die Phalangen doch eine Kraft, die wirksam zum Aufbau eines neuen und besseren Libanon beitragen könnte.

Inzwischen traut allen Bemühungen der Mitte Oktober in Kairo versammelten arabischen Außenminister um eine gemeinsame Initiative zur Wiederherstellung und Aufrechterhaltung des inneren Friedens in Libanon zum Trotz in den Küstenstädten Beirut, Tripolis, Saida und Sur wie droben in den Bergen noch niemand so recht der nach wochenlangen Kämpfen notdürftig wiederhergestellten Ruhe. Nächtliche Schießereien sind weiter an der Tagesordnung, und selbst die regelmäßigen Abendsitzungen der von Vertretern aller libanesischen Religionsgemeinschaften gebildeten „Dialog-Kommission“ im hochragenden maronitischen Bergkloster und Patriarchensitz Bkerke werden häufig vom Feuer automatischer Waffen in der Umgebung gestört. Der gute Wille von Katholiken, Orthodoxen, Protestanten, Sunniten, Schiiten und Drusen allein reicht eben nicht aus, um einen Konflikt zu lösen, der zwar unter religiösen Vorzeichen, aber eigentlich doch mehr um

soziale Belange und tagespolitische Machtfragen geführt wird. Ähnlich wie der evangelisch-katholische Gegensatz in Nordirland dient auch in Libanon heute die konfessionelle Zugehörigkeit mehr als Aushängeschild zur Verwirklichung ganz anders gearteter Ambitionen. Pseudo-religiöse Organisationen, die ihre Schüsse aus der Sakristei oder vom Minarett abgeben, ihre Mitglieder aber nie zu Andacht und Gebet in den Gotteshäusern versammeln, spielen hier wie dort die übelste Rolle.

## Mitschuld der Phalangen

Während so der gegenwärtige, Anfang Februar 1975 nach einem harten und langen Wahlgang zwischen „Konservativen“ und „Reformern“ beim Konklave von Bkerke gewählte maronitische Patriarch *Antun Koreiche* als ausgesprochen tolerant und fortschrittlich bezeichnet werden darf, vertreten die meisten politischen Gruppierungen der Maroniten schlimmste Reaktion. Recht fragwürdig ist auch das „christlich-morgenländische Sendungsbewußtsein“, mit dem klerikal aufgemachte Milizen- und Jugendverbände ihre oft nur zu faschistoiden Methoden zu verbrämen suchen. Antiquiert klingen auch gewisse Grundsatzklärungen Pierre Gemayels, zu denen sich seine Phalangen aller Modernisierung zum Trotz nach wie vor bekennen: „Libanon ist eine Seele, ein spirituelles Prinzip. Es könnte materiell vorübergehend von einem syrischen oder arabischen Reich absorbiert werden. Spirituell läßt es sich aber unmöglich mit einer Welt vereinigen, die seinen Seelenzustand, seine spirituellen Werte nicht teilt . . . Ich, Pierre Gemayel, bin ein Katholik, voll Stolz auf mein Christentum und ein pflichtbewußter Diener der Kirche. Dabei schätze ich mich glücklich, die schweigende Mehrheit der libanesischen Katholiken hinter mir zu wissen . . . Wenn nun unsere Regierung ihre Pflicht zur Gewährleistung von Gesetz und Ordnung versäumt, dann werden die libanesischen Phalangen auf ihre Weise für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sorgen“ (Pierre Gemayel, „Alkataeb al-loubnaniat: Phalanges Libanais“, Beirut 1956, 22, 29, 34).

Mit dem Versuch, diese „Ruhe und Ordnung“ auf eigene Faust und im eigenen Sinne durchzusetzen, haben die Phalangen ihren gewiß auch positiven Aspekten zum Trotz bei den Blutbädern von 1958 und 1975 schwere Mitschuld auf sich geladen. Inzwischen haben die „Progressiven Sozialisten“ *Kamal Dschumblats*, deren Kampfgruppen die Hauptwidersacher der Phalangisten bei den letzten Kämpfen gewesen sind, dessen schon früher einmal formulierte Gedanken über eine „ethische statt konfessionelle Struktur des Libanon“ während des Bürgerkrieges erneut verkündet und damit auch in der „Dialog-Kommission von Bkerke“ interreligiöse Unterstützung gefunden. Dschumblat hatte solche Ideen schon in den frühen sechziger Jahren verkündet, doch bedurfte es offenbar des Feuerofens dieses Bürgerkrieges, um auch seine

politischen Gegner zur Diskussion über diese „innere Erneuerung“ bereit zu machen:

„Es ist nicht genug, eine Klasse durch eine andere, ein System durch ein anderes, ein Gesetz durch ein neues zu ersetzen, um für den Sieg von Gerechtigkeit, Tugend und Liebe zu sorgen. Gerechtigkeit und Liebe sind Aspekte der menschlichen Selbstbetrachtung als eines Doppelwesens: Die Reform muß sowohl bei den äußeren Lebensbedingungen wie im Herzen der Menschen erfolgen. Ein ethischer Sozialismus, der an die Beherrschung der sozialen Gegebenheiten durch den Menschen glaubt, ist allein imstande, uns den richtigen Weg zu führen. Sonst werden wir Maschinen ohne Treibstoff, Körper ohne Seele. Wenn sich die Menschheit aber selbst reformiert, indem sie ihre Egozentrik überwindet und ihr wahres Selbst zum Durchbruch kommt, dann werden wir in Libanon weder besondere sozialistische Systeme noch eine neue Sozialgesetzgebung mehr nötig haben!“ (Kamal Dschumblat, „Adwa ila haqiqat al-qadia al-qaumia al-idschtimaia as-suria“ — Erhellung der wahren Bedeutung des syrischen Sozial-Nationalismus, Beirut 1962, 48).

## Erste Versuche einer nationalen Versöhnung

Zukunftsweisende Repräsentanten eines neuen, an den Leiden des Bürgerkrieges geläuterten Verhältnisses von Christen und Muslimen, von Rechts und Links in Libanon sind der 1925 geborene katholische Maronit *Clovias Maqsud* und der aus der sozialistischen Schule Dschumblats kommende Sunnit *Ramadan Lawand*, die sich gemeinsam um eine Überwindung von Konfessionalismus und „Ideologismus“ bemühen. Maqsud, der bezeichnenderweise von den Phalangen herkommt, seinen Horizont aber noch um ein wesentliches mehr als „Führer“ Gemayel geweitet hat, ist zu einer Art Wortführer der libanesischen „Linkskatholiken“ geworden. Dazu seine Stellungnahme zum Bürgerkrieg, vorgetragen vor der „Dialog-Kommission“ in Bkerke: „Die Linke in Libanon macht eine schwere Krise durch, deren Wurzeln in den von ihr selbst verursachten Verhältnissen, aber auch in der internationalen Problematik zu suchen sind. Was verstehen wir überhaupt unter der Linken? Die Linke als politische Norm hat doch alle Klassen zu bezeichnen, die für eine stärkere Teilnahme der Massen am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben auf der Basis des Abbaus der Klassenschranken eintreten. Die Linke umfaßt alle Kräfte, die den Menschen von einer Existenz am Rande des Daseins und seiner Vorgänge befreien und zur aktiven Gestaltung seiner Zukunft in Würde und Wohlstand aufrufen. Die verschiedenen Ideologien, die diese Wünsche und Anliegen in Programme umzusetzen versuchen, sind nicht grundsätzlich, sondern

nur durch die verschiedenen Problemstellungen bedingt (An-Nahar, Beirut, 15. Oktober 1975).

In ähnlicher Weise hat sich *Ramadan Lawand* in seiner September-Flugschrift „Masir al-qaumia al-arabia“ (Weg des arabischen Nationalismus) geäußert (Beirut, ohne Jahresangabe, 85): „Die libanesischen Intellektuellen, welche sozialistische Theorien aus dem Westen in die Heimat brachten, haben gleichzeitig die Interessen der dort existierenden Klassen mit eingeschleppt. Was immer Libanons Rechte und Linke voneinander halten mögen, es kann keinen Zweifel daran geben, daß unsere Sozialisten eine Karikatur der westlichen geblieben sind.“

Die Frage „Wer ist schuld an dem Zerfallsprozeß in Libanon?“ kann nach alledem nur sehr vielschichtig beantwortet werden. Es ist keineswegs so, wie das das algerische Zentralorgan *Al-Mudschahed* (15. 10. 75) in einem kämpferischen Leitartikel darzustellen versuchte, daß die libanesischen Wirren allein auf das Konto der 200 reichen christlichen Familien des Landes und der ihre Privilegien eifersüchtig hütenden maronitischen Kirche gingen. Gerade die syrischen, libyschen und irakischen Kritiker der Libanon-Christen verschweigen tunlichst, daß ihre Regierungen selbst alle Finger mit im Spiel der libanesischen Krise haben. Allein Libyen dürfte seit Beginn der Unruhen an die 40 Millionen Dollar zur Unterstützung radikaler Gruppen illegal nach Beirut transferiert haben.

Die *Palästinenser* haben an diesem letzten Waffengang erstaunlich wenig direkten Anteil genommen, doch steht außer Zweifel, daß sie der eigentliche Stein des Anstoßes sind. Insofern ist auch die Ansicht der pro-westlichen Beirut Tageszeitung „Daily Star“ vom 16. Oktober voll zu unterschreiben, daß die Initiative zur Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in Libanon eigentlich nur bei den Vereinigten Staaten liege. Diese hätten für die Schaffung einer palästinensischen Nationalheimstätte im Westjordanland und Gaza-Streifen zu sorgen, worauf sich mit der Abwanderung dieses Fremdkörpers die libanesischen Problematik zwar noch nicht ganz lösen, sehr wohl aber wirksam entspannen ließe. War man zunächst einigermaßen darauf gespannt, wie sich der Vermittlungsversuch des (nach langer öffentlicher Zurückhaltung) vom Papst nach Beirut entsandten Kardinals *Paolo Bertoli*, früher Nuntius in Paris, anlassen werde, der Anfang November seine Kontaktgespräche mit den führenden Politikern des Landes aufnahm, zeigten sich spätestens nach dem Gespräch mit Palästinenserführer *Jassi Arafat* die Grenzen solcher Vermittlung. Aber, ob der spätere Versuch des früheren französischen Außenministers *Couve de Murville* zu deutlicheren Ergebnissen führte, war bei Abschluß dieses Berichtes noch nicht abzusehen.

Heinz Gstrein